

Eine bestellte Arbeit

Der Reparationsagent gegen die Beamtenversetzung

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die Besoldungsreform wendet. Parker Gilbert verlangt, daß die Frage der Deckung der Nebenausgaben geregelt werde, bevor eine Erhöhung eintrete. Der Reparationsagent soll erklären, daß er befürchtet, die Dawesverpflichtungen werden nicht eingehalten. Dieses Eingreifen des Reparationsagenten ist außerordentlich bedeutsam, als die Reichsregierung einen Steuererlass von 700 Millionen Mark für die Befreiungen durchführte. Dass Parker Gilbert jetzt eingesetzt steht, zeigt nach einem gemeinsamen Zusammenarbeiten mit den deutschen Kapitalisten aus. Durch dieses Vorgehen will man die Erledigung der Besoldungsreform verzögern. Die Beamten sollen national aufgepeitscht werden. In diesem Sinne schreibt schon die deutsch-nationalen Freie. Auch der Volksstaat der USPD steuert in dieser Linie. Die Nachrichten teilen mit, daß man ein Verbot der Besoldungsabschöpfung erwarten müsse. Die Linie zeigt sich ganz klar. Die bürgerlichen Parteien wollen ebenfalls keine Erhöhung der Beamtengehälter. Schon der schändbare Besoldungsentwurf zeigt die Verhöhnung der unteren Beamten. Jetzt kommt diesen Parteien das Eingreifen Gilberts sehr gelegen, wenn nicht bestellt. Hier will man zwei Flügel mit einer Klappe schlagen, die Deutungnationalen und die Volkspartei, ja, alle bürgerlichen Parteien wollen diese Gelegenheit zur Wahlkampfführung nutzen, gleichzeitig will man versuchen, um die Erhöhung auch der unteren Gehälter herumzukommen. Wir können die Festschrift ohne Hemmungen machen, da wir ja zu den Parteien gehören, die sich gegen den Dawesvertrag gewendet haben. Hier wird bestätigt, was wir sagten, als die SPD sich für den Dawesvertrag einsetzte, daß die Auswirkungen dieses Vertrages sich gegen die arbeitenden Massen auswirken. Die unteren und mittleren Beamtenchaft, die alle Ursache hat, gegen den Entwurf der Besoldungsordnung auszuhalten, muß jetzt erst recht aufmarschieren. Sie darf sich aber nicht ablenken lassen, der erste Kampf gilt der eigenen Bourgeoisie.

Wie steht man hier annehmen muss, daß die Reichsregierung ein faulnes Spiel mit den Beamten treibt, geht aus Tatsachen hervor, die von der Welt am Abend mitgeteilt werden. Die Welt am Abend erklärt, wenn die Regierung behauptet, von dem Vorgehen des Reparationsagenten überrascht zu sein, so sei das eine Lüwahrheit. Schon seit annähernd drei Wochen sei die Reichsregierung von dem Vorgehen Parker Gilberts unterrichtet. Am 3. Oktober habe Dr. Köhler bereits die Landesminister aufgefordert, am 10. Oktober der thüringischen Regierung Mitteilung gemacht.

Die Beamten müssen die Pläne der Reaktionäre durchkreuzen.

Der Weg der Sozialdemokratie

Unter dieser Überschrift bringt das Hamburger Fremdenblatt einen Artikel zur Antwort der SPD an die USPD. Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß bereits mit der Veröffentlichung der sozialdemokratischen Antwort an die USPD die Frage eines sozialistisch-kommunistischen Zusammenspiels im vorausseilenden Sinne geklärt ist. Der Schluss folgt dann:

"Man braucht sich nicht darüber den Kopf zu zerbrechen, welche Wege die Sozialdemokratische Partei weiterhin einschlagen wird, um zu einer anderen Regierungskoalition als mit den Kommunisten zu kommen. Man wird ihre programmatischen Vorschläge, mit denen sie an die bürgerlichen Nachbarparteien herantreten wird, abwarten müssen."

Zu dieser Würdigung der Manöver der Hamburger SPD durch das bürgerliche Blatt ist jeder Kommentar überflüssig.

Zeugenverhör im Petljura-Prozeß

Im Prozeß Schwarzbach, der unter größtem Interesse der Öffentlichkeit stattfindet, hat nunmehr das Zeugenverhör begonnen. Der Polizeiamtär, der den Attentäter festnahm, schuferte das Bild, das sich ihm bot. Danach werden eine Reihe von Angehörigen der gegenständigen Ukraine-Regierung und Parteidräger Petljuras vernommen. Ein südrussischer Prinz will es so darstellen, als ob Petljura weder Diktator gewesen sei noch die Mützen eines Soldaten gehabt hätte. Er hätte mit verantwortlichen Ministern regiert. Ein Offizier behauptet, daß der ukrainische Hetman gegen die Pogrome aufgetreten sei. Bei der Vernehmung des Polizei-Inspectors Goret, der die Untersuchung geführt hat, wird nochmals festgestellt, daß alle Auskünfte über Schwarzbach die besten gewesen seien und niemand Nachteiliges über ihn zu berichten hatte. Als der Vertreter der Rechtsanwälte fragt, ob Schwarzbach etwa den Anarchisten angehört habe, teilt der Verteidiger Torres mit, daß Schwarzbach lediglich Mitglied der Liga für Menschenrechte gewesen ist.

Die sächsische Besoldungsordnung

Eine ungeheureliche Verhöhnung der unteren Beamten.

Beamte, protestiert!

Während das Reich und die übrigen Länder mit Entwürfen zur neuen Beamtenbesoldung längst vor die Öffentlichkeit traten, ließ sich die sächsische Regierung Zeit. Jetzt ist nur der 36. Drucksatz umfassende sächsische Entwurf den Gewerkschaften unter "Vertauftlich" mit einer Frist von wenigen Tagen zur Stellungnahme zugegangen. Seit Monaten liegt der Entwurf beim Ministerium des Innern, Personalamt, und nun lädt man den Vertretern der Beamtenchaft nur kurze Zeit zum eingehenden Studium und zur Abgabe von Erklärungen. Vertauftlich soll alles behandelt werden. Die Masse der Beamtenchaft soll nichts erfahren. Beamte! Wüßt ihr den Grund zu dieser Geheimnistümlichkeit? Der vorliegende Entwurf ist ein einziger großer Standart! Die untere und die mittlere Beamtenchaft ist in Besoldungsfragen nicht verwöhnt. Dieser Vorschlag der sächsischen Regierung schlägt aber dem Hass den Boden aus. Es ist eine einzige Verhöhnung der unteren Beamtenchaft. Der vorliegende Entwurf ist nichts anderes als das Produkt der Diktatur einer Ministerialbürokratie. Der Aufbau und die Einzelheiten geben der Beamtenchaft Sachsen die Gewissheit, daß entweder Weltmeide oder Unfähige oder Leute, die die elementarsten Forderungen der unteren Beamtenchaft abschlich mit führen treffen, Schönheit dieses Monstrums sind.

Einzelheiten aufzuführen, ist heute nicht beachtigt. Der Entwurf sieht 27 Gruppen vor. Diese sind in Untergruppen eingeteilt, und es ist durch verschiedene Stellenzulagen eine anderweitige Unterteilung durchgeführt, so daß reichlich gegen 80 Gruppen und Gruppen zu finden sind. Die zurzeit bestehende Besoldungsordnung mit ihren 3-Gruppen und Einzelgehältern ist also vollständig über den Haufen geworfen und die erzielte weitere Zersplitterung der Beamtenchaft durchaus erreicht.

Die Ministergehälter werden schamhaft verschwiegen. Der sattlam befannige Ministerialdirektor Schulze, Leiter der Staatskanzlei, erhält jährlich 6008 RM Zulage, also mit dem Wohnungsgeld ein Jahreseinkommen von 23 160 RM. Das Gehalt eines Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht erhöht sich um 4796 RM. Vier Ministerialräte heimten 3296 RM jährlich mehr ein. — „Geben und unten? Gefangenhauspiwiach-

Der Bürgerblock schafft seinen Reichstag nach Hause

—ck Berlin, 22. Oktober 1927.

Nun fahren die Herten Volksvertreter erneut in die Ferien, aus denen sie nach vier Monaten Sommerpause erst gesommen sind. Die Gedanke steht vorwärts, im Restaurant ist man die Sorge los, was zur Erfrischung und Stärkung der Abgeordneten auf die Speisekarte kommen soll. Nur einige Auschüsse werden tagen in diesem Haus, dessen Wandelsalle immer noch von dem kleinen Standbild des Karlsbündenprinzen von 1848, des späteren ersten deutschen Kaisers, aus dem Geschlecht der Hohenzollern beherrscht wird. Neuerdings haben sich die Güten Friedrichs und Hindenburgs dazugesellt, eine merkwürdige Dreieinigkeit, in deren Zeichen die Bürgerblöcke prächtig gedeihen. Stumm und friedlich liegt der Platz der Republik, von der außer den Straßenschildern nichts zu entdecken ist. Der Bürgerblock regiert, und die hinter ihm stehenden Parteien haben deutlich genug in dieser Woche als Leitspruch ihres Handels gegenüber den Abgeordneten der Opposition mit Heines Bürgermeister proklamiert: „Euch zieht es, stets das Maul zu halten!"

Diese Opposition ist allerdings in ihrer überwiegenden Mehrheit der Behandlung würdig, die sie erfahren hat. Da sind zunächst die Demokraten, die in der Absicht, von den entzündenden Wählermassen etwas festzuhalten, so tun, als ob sie wollten — aber sie können nicht mehr. Sie haben zu lange das Brot der profitischen Mitarbeit am Bau der Fundamente der Bürgerblöcke gegessen, sie sind zu characterlos und abhängig, von den Einflüssen finanzkapitalistischer Interessen, als daß sie auch nur in einer Frage einen ernsthaften Widerstand gegen die Bürgerblöcke leisten könnten.

Technisch steht es mit den Sozialdemokraten. Sie haben eine große Partei und eine große Fraktion, sie reden in ihren Zeitungen die lähmende Sprache vom „Kampf gegen den Bürgerblock“, aber bei jedem Schritt, den sie wirklich auf dem Kampfheld machen wollen, hängt ihnen das Bleigewicht ihrer preußischen Koalitionspolitik an den Beinen und zieht sie in den Sumpf einer übeln Kompromiß- und Kalißienpolitik mit den Parteien des Bürgerblocks. Zwar hat die Sozialdemokratische Fraktion einen leisen Widerstand gegen die Pläne und Maßnahmen zur Ausschaltung des Reichstages geleistet. Abwechselnd sitzen Hermann Müller und Wels zur Rednertribüne und

brüderlich den Wunsch nach einer Behandlung der sozialdemokratischen Wirtschaftsinterpretation aus. Auch die Befreiung des mitteldeutschen Bürgerblöcke wurde von ihnen befürwortet. Aber wie dies geschah, mit welcher Begründung und welchem Kraftaufwand, war das Entscheidende. Der Ton macht die Mütze! Und der Ton dieser sozialdemokratischen Führer war ein Solcher von Leuten, die sich mit der Tatsache der Diktatur der Bürgerblöckeparteien längst abgefunden haben und im Grunde genommen damit einverstanden sind, die aber aus Angst, nicht auf die kommende Wahltagung sich als demokratische Volkstribunen ausspielen. Die sozialdemokratische Fraktion hat es durch ihre Stärke in der Hand, bei ernsthafter Willen einen früheren Zusammentritt des Reichstags zu erzwingen. Daß sie dies nicht tut, ist die Folge der Tatsache, daß die SPD gar kein ernsthaftes Interesse an der breiten Aufrollung aller politischen und sozialen Fragen im Reichstag hat. Zu deutlich wird bei der Beratung jeden Gegenstandes (in dieser Woche waren es vor allem Schulgesetz und Besoldungsreform) die beherrschende politische Tatsache, daß die Sozialdemokratie durch ihre Beteiligung an der preußischen Regierung dem Bürgerblock verbunden ist, sie kann nicht über ihren eigenen Schatten springen — die Koalitionspolitik.

Schließt die kommunistische Fraktion die einzige, die in dieser fünfjährigen Zwischenzeitung ernsthaft die Interessen des Proletariats, aller werktätigen Schichten der Bevölkerung durch die entschobene Komposition gegen den Bürgerblock vertretet, auch gegen die Pilsudski-Methode des Bürgerblocks, die Ausschaltung des Reichstages, die Abwürfung jeder Debatte über die wichtigsten Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung führt sie allein einen entschlossenen Kampf. Jeder Schritt der Fraktion war getragen von dem Bewußtsein, daß nur die Aufrüstung der breiten Massen außerhalb des Parlaments die notwendige Abrechnung mit der Politik des Bürgerblocks und seiner sozialdemokratischen Hilfsdienstpflichtigen herbeiführen kann. Das erste Wort der kommunistischen Fraktion bei Beginn der Reichstagsverhandlungen war das Verlangen nach der Auflösung des Reichstages. Die jetzige Tagung hat bewiesen, wie notwendig es ist, die Abrechnung mit der Bürgerblöckepolitik, die vom Reichstag gedeckt wird, vorzunehmen. Je früher, desto besser!

1789

hat das französische Bürgertum aus eigenem, revolutionärem Recht durchgeführt:

Alle Abgaben der Kirche fallen fort; alles Kirchengut wird Nationalgut; alle mit irgendwelchen Privilegien verbündeten Kirchenämter werden abgeschafft; alle etwa noch verbleibenden Seelsorgegeistlichen sind restlos den neuen bürgerlichen Gesetzen unterworfen; jede Art von Abhängigkeit vom Papst in Rom wird wie Landessercret bestraft.

1918

führte die Sozialdemokratie in der deutschen Revolution. In der Weimarer Verfassung hat die Sozialdemokratie den Einsterlingen aller Konfessionen die Grundlage zum katholischen Reichsschulgesetz geschaffen. Wie jämmerlich die Sozialdemokratie die Forderungen der Werktätigen vertraten hat, zeigt die Reichsverfassung. § 145, Absatz 2:

Innenhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberichtigen Volksschulen ihres Bekanntschafts oder ihrer Weltanschauung einzurichten.

§ 149:

Der Religionsunterricht ist öffentliches Lehrfach der Schule...

1927

schließt sich die Sozialdemokratie an, die so von ihr verratene Revolution zu feiern. Genosse, Leser der Arbeiterstimme, du mußt aufklärfung schaffen, du mußt für die Kundgebung im Zirkus Sarrossani am Sonntag, dem 6. November, werben. Programme kaufen und verkaufen.

10 Jahre Gottschealand

muß in Dresden zu einer gewaltigen Massendemonstration werden

Kriegsherd auf dem Balkan

Mussolini setzt seine Vorhöhe gegen Jugoslawien fort

Aus Belgrad wird gemeldet: Im jugoslawischen Außenministerium werden die Gerüchte bestätigt, daß es ein mazedonisches Komitee gibt, das sich die Ermordung des jugoslawischen Königs wie der jugoslawischen Gewaltdaten in Berlin, Paris und Wien zum Ziel gelegt hat.

Wie aus Bosnien gewußt wird, versuchten vergangene Nacht unbekannte Individuen, sich bis auf 50 Schritte dem dortigen Munitionsspeicher zu nähern. Nachdem die Militärpolizei dieselben bemerkte, lief er dem anderen Posten zu Hilfe. Einer der Unbekannten schoß auf den Militärposten. Es wurde ein regelrechtes Feuergefecht eröffnet. In diesem Augenblick eilte die ganze Militärwache herbei. Die unbestandenen Angreifer konnten jedoch infolge der Kämpferin unbestraft entkommen. Man vermutet, daß der Anführer von in Bosnien verdeckten Emigranten aus Bulgarien verübt worden ist.

Nach Meldungen aus Monastir sind griechische Truppen mit mazedonischen Komitaden bei dem Ort Kajica in ein lebhaftes Feuergefecht geraten, wobei auf beiden Seiten Toten und Verwundete zu beklagen sind. Die auf griechisches Hoheitsgebiet vorgedrungenen Komitaden haben den Gemeindeschef des Ortes festgenommen und entführt. Auf Erregung der geflüchteten Komitaden wurde eine Belohnung von 40 000 Franken ausgesetzt.

Nach Meldungen aus Athen ist von den griechischen Behörden im Zusammenhang mit den jugoslawischen Komitaden-Einfällen in die Ansiedlungen der griechischen Rückflüchtlinge in der Nähe der Grenze eine Zivilpolizei eingerichtet worden, die die reguläre Gendarmerie im Notfall unterstützen soll. Die griechische und jugoslawische Grenzpolizei sind ferner übergekommen, sich gegenseitig über die Bewegungen der Komitaden zu unterrichten und bei ihrer Bekämpfung zusammen zu arbeiten.

Das mazedonische Komitee hat an das Sekretariat des Völkerbundes ein Memorandum gestellt, in dem gegen die Verfolgungen der bulgarischen Elemente in Jugoslawien (1. Klage) geführt wird. Der Völkerbund wird gebeten, im Interesse der Bedrangten einzutreten. Das Memorandum ist dem ständigen Vertreter Südosteuropas beim Völkerbund zur Rücksichtnahme des Südosteuropäischen Regierung ausgetragen worden.

Gestreifte in Shanghai

Shanghai, 22. Oktober. (Apreskor.)

5000 Arbeiter einer japanisch-chinesischen Textilfabrik und einer chinesischen Tabakfabrik in der Vorstadt Shanghai traten in einen Einstundenstreik ein, um ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern der Anglo-Amerikanischen Textilfabrik (ein Unternehmen, das 15 000 Arbeiter beschäftigt) zu betunden.

Der Nachkriegs der Fabrikkomitee erläuterte in einer Klage, daß obwohl die Arbeiter in Shanghai ebenso unterdrückt werden wie früher. Er forderte die Arbeiter zum Kampf auf, um „die Unterdrückten zu befreien und die von der Konsolidierung wechselseitige Freiheit wiederherzustellen“.

Der Streik der Textilarbeiter in Suchow (Provinz Kiautschou (Shanghaier Industriebezirk) dauert an. Die Streikenden verhafteten zahlreiche einflussreiche Kaufleute und führten sie gefesselte durch die Stadt. Die Eigentümer der Textilfabriken flohen nach Shanghai und erklärten den Militärbehörden, daß „die Fabriken in Suchow außerstande sind, die Arbeiter niedergeschlagen, weshalb eine Strafexpedition nach Suchow zu entsenden notwendig ist.“

Bom Tage

Fraulein Grayson nach Kopenhagen gefaßt

Neuport, 23. Okt. (TU). Die Droschfilegerin Grayson ist heute von Old Orchard nach Kopenhagen gefaßt. Es besteht die Möglichkeit, daß Fraulein Grayson in Island eine Zwischenlandung vornimmt.

Das Flugzeug ist um 10 Uhr 115 Uhr mittel-europäischer Zeit 100 Meilen westlich Island gesichtet.

Ein schweres Mandurverungslid — 6 Tote, 60 Verletzte

London, 24. Okt. (TU). Wie aus Buenos Aires berichtet wird, hat sich eine Reckexplosion einer schweren Haubitze während der Armeemänner in Mendoza ereignet, wodurch sechs Männer getötet und 60 verletzt wurden, darunter drei Offiziere. Kriegsminister General Justo war Zeuge der Explosion, wurde aber nicht verletzt.

600 chinesische Arbeiter ertrunken?

Tofio, 24. Okt. (TU). Nach einer noch unbestätigten Meldung aus Schanghai ist infolge eines starken Tsunfts der japanische Dampfer „Sata-Maru“ mit einer Besatzung von 600 chinesischen Arbeitern untergegangen. Es soll niemand gerettet worden sein.

Betriebszellennotleid

Die Mittwochssitzung (26. 10) im Bureau fällt aus. Alle Zellenobligate nehmen teil am

Werktätenenturius

Peter Mollwitz, Berlin, spricht am 26. 10. im alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 7. Thema:

Staat, Kirche und Konkordat

BU, Sekretariat.